

BLICKPUNKT

NACHRICHTEN AUS SCHLANGEN - AUSGABE NEUJAHR 2024

Bund macht Tempo beim Bauen und Planen

Infrastrukturprojekte schneller umsetzen, Bürokratie abbauen. Bundestagsangeordneter Jürgen Berghahn berichtet über neues Gesetz – Mehr auf Seite 3



Lippes Landrat im Interview

Axel Lehmann spricht über Herausforderungen und Wünsche für das neue Jahr. – Mehr auf Seite 2

Projektumsetzung durch LEADER

In der 2. Sitzung hat das Projektauswahlgremium der LEADER-Region Senne³ weitere Projekte beschlossen. – Mehr auf Seite 4

MITMACHEN!



Der ehemalige Bundespräsident, Norbert Lammert, hat einmal gesagt: "Die Demokratie steht und fällt mit dem Engagement ihrer Bürger." (5.9.2017) Dies sei die wichtigste politische Lektion, die er aus der Geschichte gelernt habe.

Dieses Engagement beginnt in der Kommune, in der Gemeinde vor Ort, hier in Schlangen. Das passiert im Gemeinderat und in den Ausschüssen. Dort kann jede interessierte Bürgerin, jeder interessierte Bürger mitmachen.

Die Mitgliedschaft in der SPD ist dabei keine Voraussetzung. Wenn Du/Sie Interesse haben, melde Du/melde Sie sich gerne.

Ansprechbar sind u.a.:
Sandra Warachewicz
(Tel. 0178 7767850)
Hannah Penke
(spd.penke@gmail.com)
Michael Zans
(Tel. 83294)

Es geht weiter ...

Der Fortschritt im Neubaugebiet rund um den Heinz-Wiemann-Weg ist sichtbar. Leider etwas langsamer als erhofft. Der Bebauungsplan wurde bislang stets beklagt. Mit sehr großer Mehrheit hat nun der Rat erneut den Aufstellungsbeschluss und die Beschlussfassung über die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gem. § 3 (1) und § 4 (1) BauGB auf den Weg gebracht. Der neue Plan weicht vom aktuell gültigen Plan etwas ab. Das bedeutet, einige Grundstücke können erst bebaut werden, wenn der neue Plan rechtskräftig ist. Die anderen Grundstücke dürfen erfreulicherweise bebaut werden, was ja auch passiert. Das Verfahren sollte dann im Laufe des Jahres 2024 abgeschlossen werden. Wir freuen uns über alle, die zukünftig dort bauen wollen, bzw. dies schon tun.

Baumaßnahme Grundschule am Sennerand

Die Grundschule in Oesterholz-Haustenbeck muss erweitert werden, in Schlangen muss der Spielbereich der OGS umgestaltet werden



„Im Bundesgesetzblatt vom 11. Oktober 2021 wurde das „Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (Ganztagsförderungsgesetz – GaFöG)“ vom 2. Oktober 2021 veröffentlicht. Mit dem Gesetz wird ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter im Sozialgesetzbuch VIII verankert. Über Finanzhilfen des Bundes werden darüber hinaus Investitionen in den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern gefördert.“

So beschreibt nüchtern das Bundesministerium für Bildung und Forschung die neue gesetzliche Lage. Was bedeutet das für Schlangen?

„Kern des Gesetzes ist die Einführung eines bedarfsunabhängigen Anspruchs auf Förderung in einer Tageseinrichtung von mindestens acht Stunden. Dieser soll für jedes Kind ab der ersten Klassenstufe bis zum Beginn der fünften Klassenstufe gelten. Anspruchsberechtigt sind Kinder, die ab dem Schuljahr 2026/2027 die erste Klassenstufe besuchen. Der Anspruch soll dann schrittweise auf die folgenden Klassenstufen ausgeweitet werden, sodass ab dem Schuljahr 2029/2030 allen Schulkindern der ersten bis vierten Klassenstufe mindestens acht Stunden täglich Förderung in einer Tageseinrichtung zusteht. Der Rechtsanspruch sieht einen Betreuungsumfang von acht Stunden an allen fünf Werktagen vor.“

Erste Konsequenzen hat die Gemeinde Schlangen bereits gezogen. Ab dem 1.8.23 gibt es auch an der Grundschule am Sennerand eine OGS. In Schlangen gibt es an der dortigen Grundschule

diese Angebot seit vielen Jahren. Das Sozialwerk für Bildung und Jugend gGmbH mit Sitz in Olsberg hat in Oesterholz-Haustenbeck die Leitung der OGS übernommen. Zurzeit ist die OGS noch ein freiwilliges Angebot, bevor sie eine Pflichtveranstaltung wird.

Lassen wir einmal den Träger der OGS zu Wort kommen. Die Arbeit wird so beschrieben:

„Die Offene Ganztagschule sorgt für ein erweitertes Bildungs- und Erziehungsangebot, das sich an dem jeweiligen Bedarf der Kinder und Eltern orientiert. Sie ermöglicht den Kindern in enger Kooperation vielfältiger Partner mehr Zeit für Bildung und Erziehung, individuelle Förderung, sinnvolle Spiel- und Freizeitgestaltung zu haben. Die Pädagogen/innen, setzen sich mit der Individualität des Einzelnen auseinander und nehmen jedes Kind als eigene Persönlichkeit an.“

In der Hausaufgabenbetreuung sehen wir einen wesentlichen Schwerpunkt unserer Arbeit.

Gemeinsam zu essen und über Lebensmittel und gesunde Ernährung etwas zu erfahren, sind wichtige Bestandteile der Gesundheitserziehung und des sozialen Lernens.

In den AG's erfahren die Kinder vielfältige Möglichkeiten ihre Freizeit nach ihren Neigungen und Interessen zu gestalten.“

Da die OGS an der GS-Schlangen lange bereits etabliert ist, sind die notwendigen Räumlichkeiten vorhanden. Dies gilt für die Grundschule am Sennerand nicht. Für die momentane Betreuung reichen die Räumlichkeiten noch aus. Spätestens ab

dem 1.8.26, wenn die gesetzliche Pflicht für die OGS beginnt, wird es eng. Deshalb muss die Grundschule in Oesterholz-Haustenbeck umgebaut und erweitert werden.

Nach dem aktuellen Stand kann Schlangen damit rechnen ca. 468.000 € zu erhalten. Wir werden in Oesterholz-Haustenbeck investieren und umbauen. Dass der Zuschuss bei weitem nicht ausreicht, ist klar.

Im Mai 2023 hat ein Architektenbüro der Schulgemeinde einen Entwurf für einen möglichen Umbau vorgestellt. Ein Entwurf der vorab mit der Schule, der Leitung der OGS und mit den Fachabteilungen des Rathauses abgestimmt war. Nach Ansicht der SPD ist dies ein in jeder Hinsicht überzeugender Vorschlag, der den pädagogischen Ansprüchen und Notwendigkeiten gerecht wird.

Der Vorschlag ermöglicht es, dass schrittweise gebaut werden kann. Eine erste Baumaßnahme ist dann in der Vorbereitung und wird 2024 auf den Weg gebracht. Wir unterstützen diese Maßnahme ausdrücklich. Weitere Baumaßnahmen sind dann mittelfristig denkbar. Dazu müssen neben der Entwicklung der Schülerzahlen auch die Möglichkeiten des Gemeindehaushaltes im Blick behalten werden.

Der Außenbereich der OGS in Schlangen präsentiert sich im Sommer als „Wüste“, im Herbst und Winter als Matschfläche. Das kann so nicht bleiben und somit wird dieser umgestaltet. Ein Planungsbüro ist momentan an der Arbeit für ein entsprechendes Konzept.

Neue Gesellschaft gegründet

10 Jahre Beschäftigung mit Flächennutzungsplänen im Rat. Ergebnis: 2 neue Windräder in 10 Jahren. Nunmehr sind solche Pläne nicht mehr erforderlich. Die Flächen werden jetzt von der Bezirksregierung zugewiesen.

Lange wurde im Gemeinderat über die sogenannten Konzentrationsflächen gestritten. Gerichtsurteile veränderten regelmäßig die Bedingungen. Ebenso, jede neue Landesregierung, wie jede neue Bundesregierung änderten Gesetze. Was heute galt, war morgen bereits überholt. Was gilt momentan? Die Bundesregierung hat für NRW eine Fläche von 1,8% zugewiesen. Auf 1,8% der Landesfläche sollen Windräder errichtet werden. Für den Kreis Lippe sind hierzu 550 ha festgelegt. Der Regionalrat legt jetzt die Flächen fest, auf denen in Schlangen Windräder errichtet werden dürfen. Die 1.000 m Abstandsregel zu Wohngebäuden wurde abgeschafft. Unsere Gemeindefläche ist aber so

strukturiert, dass Schlangen mehr als genug Windräder haben kann, dazu muss der 1.000 m Abstand nicht unterschritten werden. Das sollte der Regionalrat auch berücksichtigen. Im Oktober hat sich eine neue Gesellschaft gegründet. Sie umfasst die Grundstücksbesitzer rechts und links der Langetalstraße. Auf diesen Flächen sind zunächst einmal 5 Windräder projektiert. Die Gemeinde bringt ihrerseits auch Flächen ein. Sofern die politischen Beschlüsse gefasst wurden, werden sich die Gemeindegremien an der Gesellschaft beteiligen. Weiterhin ist vorgesehen, dass auch die Einwohner von Schlangen sich über eine Bürgerenergiegenossenschaft an der Gesellschaft beteiligen können.



Beiträge

SPD erreicht ihr Ziel

Im März 2020 hat der Landesgesetzgeber die „Richtlinie zur Entlastung von Beitragspflichtigen bei Straßenausbaumaßnahmen in NRW“ beschlossen. Die Forderung nach einer kompletten Abschaffung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) hat die Landesregierung damals abgelehnt.

Die neue Richtlinie sah vor, dass das Land die Hälfte der Straßenausbaubeiträge übernimmt.

Der Zuschuss wurde nur dann gewährt, wenn er vorab von der Gemeinde beantragt wurde. Hierzu war ein beschlossenes Straßenkonzept zwingend vorausgesetzt. Das ist nun alles überholt, das Gesetz wird geändert. Die Neuregelung schafft das Förderverfahren ab. Die Verwaltung im Rathaus wird damit erheblich

entlastet. Für die Anliegerbeiträge wird nun den Gemeinden ein Erstattungsanspruch gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen eingeräumt. Jetzt kommt es darauf an, dass das Land die realen Kosten in vollem Umfang erstattet.

Einen entsprechenden Antrag hatte die SPD vor Jahren bereits eingebracht. Der Bund der Steuerzahler hatte hierzu Unterschriften landesweit gesammelt. Ergebnis war das unzureichende Gesetz, welches jetzt abgeschafft wird. Das, auch in Schlangen erarbeitete Straßenbaukonzept, wird nunmehr nicht mehr benötigt. Zumindest nicht mehr dafür, wofür es gemacht werden musste. Nicht verändert haben sich die Regelungen für den Erstausbau einer Straße.



Interview mit Landrat Axel Lehmann

Lippe's Jubiläum, innovative Projekte und finanzielle Herausforderungen. Lippes Landrat blickt zurück auf 2023 und spricht über seine Wünsche für das neue Jahr.

Lieber Axel, Silvester liegt erst wenige Tage zurück. Wie wurde bzw. wird eigentlich im Hause Lehmann traditionell der Jahreswechsel gefeiert – mit „Dinner for One“, Berlinern und Böllern?

Axel Lehmann: (lacht) Das läuft bei uns wahrscheinlich ähnlich ab wie bei vielen anderen Menschen auch: Wir verbringen im kleinen Kreis eine schöne Zeit und stoßen um Mitternacht an. Aufs Böllern verzichten wir aber schon seit mehreren Jahren – vor allem aus Umweltgründen. Unverzichtbar dagegen: eine Folge „Ekel Alfred und der Silvesterpunsch“.

Wenn Du auf das Jahr 2023 zurückblickst, was wird Dir besonders in Erinnerung bleiben?

Axel Lehmann: Zum einen das Doppeljubiläum „900 Jahre Lippe“ und „50 Jahre Kreis Lippe“. Das haben wir das ganze Jahr über mit vielen tollen Veranstaltungen zusammen mit Vereinen, Institutionen sowie den Lipperinnen und Lippern gefeiert. Zum anderen sind da diverse Meilensteine, die wir gesetzt haben.

Welche sind das?

Axel Lehmann: 2023 haben wir den InnovationSPIN in Lemgo eingeweiht – ein zusammen mit Kreishandwerkerschaft und der TH OWL umgesetztes Vorzeigeprojekt. Außerdem haben wir die notwendige Fassadensanierung des Kreishauses abgeschlossen. Damit sparen wir mehr als die Hälfte an Energie ein. Und wir haben den „Ort der Kinderrechte“ in Blomberg eingeweiht – der in der Form einmalig in NRW ist. Sind solche Projekte angesichts der finanziellen Situation der Kommunen in Zukunft noch möglich?

Axel Lehmann: Ja und Nein – hier wird es künftig noch genauer auf die Art der Finanzierung und Fördergelder ankommen. Gleichwohl wird uns die finanzielle Lage 2024 vor große Herausforderungen stellen.

Wie meinst Du das?

Axel Lehmann: Wir müssen das Kunststück vollbringen, von 2023 auf 2024 ein knapp 60 Millionen großes Loch in der Kreiskasse zu stopfen. Seit dem Sommer sind vor allem die Kosten der Eingliederungshilfe für

Menschen mit Behinderung und für den ÖPNV durch die Decke geschossen. Ein Beispiel: Wir überweisen jetzt über 120 Millionen Euro an den Landschaftsverband – rund 25 Millionen Euro mehr als noch vor zwei Jahren. Das ist eine Situation, mit der alle Kreise, Städte und Gemeinden zu kämpfen haben.

Woran liegt das?

Axel Lehmann: Die kommunale Familie übernimmt für Bund und Land immer mehr Aufgaben, die wir aber nicht annähernd zu 100 Prozent gegenfinanziert bekommen. Hinzu kommen wirtschaftliche Folgen durch Inflation und Ukrainekrieg. All das führt zu der angespannten Lage, weshalb wir den Gürtel enger schnallen müssen.

Was bedeutet das für die Lipperinnen und Lipper?

Axel Lehmann: Wir müssen leider freiwillige Leistungen reduzieren. Welche das sein werden, wird der Kreistag im Zuge seiner Haushaltsplanberatungen festlegen. Aber: Viele Lipperinnen und Lipper werden davon unmittelbar nichts merken. Denn

beim Kreis Lippe werden sie weiterhin ihr Auto zulassen, Elterngeld beantragen oder Bauanträge stellen können. Auch der Rettungswagen wird so zuverlässig fahren, wie das jetzt der Fall ist.

Was stimmt Dich angesichts der Situation positiv für das neue Jahr?

Axel Lehmann: Dass wir ein starker Kreis sind, auf den wir stolz sein können. Wir haben eine wunderschöne Natur, eine gut aufgestellte Infrastruktur mit einer gesunden Wirtschaft, eine reiche Kulturlandschaft, eine Bildungslandschaft mit Strahlkraft, ein Uniklinikum, ein starkes Ehrenamt und unheimlich viele Menschen, die sich mit ihrer lippischen Heimat identifizieren. All das sind Standortfaktoren, um die uns andere zurecht beneiden.

Was wünschst Du Dir fürs neue Jahr?

Axel Lehmann: Dass Bund und Land die Kommunen nicht länger im Regen stehen lassen und ihnen endlich finanziell unter die Arme greifen – und den Lipperinnen und Lipper vor allem Glück und Gesundheit!

15 Prozent Konzern-Mindeststeuer

Um Steuern zu sparen schieben Unternehmen Gewinne in Steueroasen. Damit ist Schluss.

Panama, Luxemburg, Malta – große Unternehmen verschieben ihren Gewinn oft in Steueroasen. Um das zukünftig zu verhindern hat der Bundestag eine globale Mindeststeuer von 15 Prozent für große Konzerne beschlossen. Diese neue EU-weite Regelung soll Steuergerechtigkeit schaffen und Haushaltsdefizite mindern.

„Wenn global agierende Konzerne kaum Steuern zahlen, ist das ungerecht“, erklärt Jürgen Berghahn, lippischer SPD-Bundestagsabgeordneter. „Besonders ärgerlich: die Steuereinnahmen fehlen im Haushalt.“ Die EU-Mitgliedstaaten einigten sich bereits Ende 2022 auf eine entsprechende Richtlinie, die

bis Ende 2023 umgesetzt werden muss.

Als größte EU-Volkswirtschaft wird Deutschland somit alle Großunternehmensgewinne mit mindestens 15 Prozent besteuern. Die Regelung betrifft internationale Unternehmen und große inländische Gruppen mit einem Jahresumsatz über 750 Millionen Euro. Die Nachversteuerungsregelungen sollen effektive Mindestbesteuerung sicherstellen und aggressiver Steuergestaltung entgegenwirken. Zudem soll die neue Regelung ab 2026 einen dreistelligen Millionenbetrag in die Haushälter von Bund und Ländern spülen.



Für ein soziales Europa

Der heimische Europakandidat Ingo Stucke (52) im Gespräch.

Am 9. Juni 2024 ist die Wahl zum Europäischen Parlament. Warum sollten die Bürger zur Wahlurne gehen und dann Ingo Stucke und die SPD wählen?

Ingo Stucke: Schlicht und einfach, damit unsere Region wieder in Brüssel vertreten ist. Seit der letzten Wahl haben die über 2 Mio. Menschen aus OWL überhaupt keinen Vertreter mehr im europäischen Parlament – von keiner Partei! Also dort, wo inzwischen die Mehrzahl der Gesetze gemacht werden, kommen die heimischen Interessen nicht oder nur bedingt vor. Das will ich ändern.

Weil Europa sonst so weit weg ist?

Ingo Stucke: Ja, man muss schon da sein, wo die Musik spielt. Aber Europa ist nicht nur Brüssel. Europa sind auch wir alle. Für mich ist die Idee, dass einstige Gegner und „Erzfeinde“ zu Partnern und Freunden werden, immer noch faszinierend. Dass 27 Staaten ihre Konflikte friedlich regeln und Sicherheit gemeinsam organisieren, ist einzigartig.

Welche Rolle spielt denn für dich die EU in der Welt?

Ingo Stucke: Die großen Probleme dieser Welt – Klimawandel, Armut, Migration usw. – lassen sich nur noch gemeinsam und global lösen. Dabei haben unterschiedliche Regionen unserer Welt auch unterschiedliche Inte-

ressen. Gegenüber den wachsenden Milliardenländern in Asien, dem selbstbewussten Ländern Afrikas, den dominanten USA werden wir nur noch als knapp 450 Mio. Europäer wahrgenommen – oder in Zukunft überhaupt nicht mehr.

Frage: Was motiviert dich persönlich, rein ehrenamtlich so einen Wahlkampf auf sich zu nehmen?

Ingo Stucke: Als evangelische Pastor weiß ich, wo die Sorgen und Nöte der Menschen sind, wie wichtig es ist, dass wir mehr Gemeinschaft haben. Ich will Brücken bauen und gerechten Ausgleich schaffen, zusammen mit allen Menschen guten Willens. Ich bin für ein friedliches Zusammenleben. Und dazu müssen wir, ohne unsere kulturellen und regionalen Eigenarten zu verleugnen, aber jeden engstirnigen Nationalismus überwinden. Ich bin der festen Überzeugung: Dieses Europa kann der Welt des 21. Jahrhunderts ein Vorbild sein: 1) Ein Kontinent der Freien und Gleichen. 2) Eine Gesellschaft, die die Würde jedes einzelnen Menschen achtet. 3) Ein Wirtschaftsraum, der sich klimafreundlich verändert. Und damit das alles in sozialer Verantwortung passiert, dazu braucht es die SPD. Denn wenn wir es nicht machen, macht es sonst keiner Welt auch unterschiedliche Inte-

Großdemo „NRW bleib sozial“

Bunt und laut – Dennis Maelzer berichtet von der Kundgebung vor dem Düsseldorfer Landtag. 22.000 Menschen fordern Rettung des Sozialstaats.

Sie kommen aus Kitas, aus OGSen und anderen sozialen Einrichtungen. Ihr Thema: Drohende Insolvenzen der Träger und damit verschlossene Türen für Kinder und Eltern. Bei der sozialen Infrastruktur sei es fünf vor zwölf. Symbolisch um 11.55 Uhr startete deshalb die Demo „NRW bleib sozial“ und Tausende versammelten sich vor dem Landtag. Ein Weckruf für die schwarz-grüne Landesregierung.

„Auf dem Rücken der Schwächsten darf in NRW keine Politik gemacht werden“, kritisiert Dennis Maelzer, Detmolder Landtagsabgeordneter (SPD). „Wer diesen Knall der Wohlfahrtsverbände in NRW nicht gehört hat, will ihn nicht hören. Die Landesregierung muss endlich handeln, um den Kollaps der sozialen Infrastruktur noch aufhalten zu können.“

Während es im Landtag um den Haushalt für 2024 ging, zeigten die Beschäftigten aus Kitas, OGSen und Wohlfahrt mit ihren Plakaten: Das System der Wohlfahrtspflege steht unter Druck. Das gilt zum Beispiel für Kitas. Mehr als jedes dritte Kind findet keinen Platz in einer Kita. Das tausende Fachkräfte fehlen verschärft die Lage zusätzlich.

„Wir fordern ein Rettungspaket von 500 Millionen Euro für die Kitas und 100 Millionen Euro für die OGS“, betont Maelzer. „So könnten Pleiten kurzfristig abgewendet werden. Wir haben der Regierung an verschiedenen Stellen aufgezeigt, dass Geld da wäre.“ Doch statt Unterstützung zu erhalten müssen die Träger auch noch Kürzungen bei dem Kita-Helfer-Programm auffangen. Bei OGSen wird es komplett gestrichen.

Laut einer Umfrage des Deutschen Kitaverbandes beklagen 78 Prozent der befragten Wohlfahrtsträger in NRW Unterfinanzierung als eine ihrer größten Herausforderungen. In Verbindung mit Tarifsteigerungen und Fachkräftemangel müssen immer häufiger Kitas ihr Angebot kürzen und Gruppen schließen.

Um der angespannten Lage der Kitas in NRW zu begegnen, hatte die SPD-Landtagsfraktion auf Maelzers Initiative hin einen Antrag auf ein Rettungspaket gestellt. Das hatte die schwarz-grüne Landesregierung im Landtag zuletzt abgelehnt.

„Besonders bitter: Einen dreistelligen Millionenbetrag spart das Familienministerium an, statt den Kitas und OGSen zu helfen. Weitere Insolvenzen und reduzierte Angebote werden wohl folgen“, berichtet Maelzer.



Mehr Unterstützung für Katastrophenhilfe

Bei einem flächendeckenden Stromausfall ist schnelle Hilfe nötig. Damit alle Kommunen gewappnet sind, muss das Land NRW mehr unterstützen.

Städte und Kreise in NRW stehen vor der Aufgabe, Stromausfälle von mindestens 72 Stunden zu überbrücken. Das fordert die Landesregierung, reicht aber kein Konzept zur Hand. „Wir brauchen landesweit einheitliche Katastrophenschutzpläne“, fordert Ellen Stock, SPD-Landtagsabgeordnete und Mitglied des Ausschusses Heimat und Kommunales. Sie weist darauf hin, dass die Landesregierung die Kommunen nicht alleinlassen darf, insbesondere da selbst die Bundesregierung bereits finanzielle Mittel für die Sirenenförderung bereitgestellt hat.

Mehr Aufgaben, wenig Personal, kein Geld – die Kommunen in NRW stehen unter Druck. Trotzdem stehen sie in der Pflicht, mehr in den Katastrophenschutz zu investieren. Etwa

in Notfallaggregate, Sirenen oder eine autarke Radiostation.

Im Notfall zählt jede Minute: Damit sich die Bevölkerung in Krisen und bei Katastrophen in Sicherheit bringen oder Maßnahmen ergreifen kann, muss sie zuverlässig gewarnt werden. Auch der lokale Sender Radio Lippe arbeitet an einer autarken Senderstation, wie der Chefredakteur Markus Knoblich berichtet. Ziel ist es, die Bevölkerung auch bei langanhaltenden Stromausfällen informiert zu halten. Trotz der hohen Bedeutung dieser Maßnahme für die öffentliche Sicherheit, kämpft das Projekt mit finanziellen Herausforderungen.

„Lokale Radiostationen dienen als Koordinationszentren während der Krisenbewältigung“, berichtet Stock. „Sie erleichtern

die Kommunikation zwischen der Bevölkerung und den handelnden Katastrophenschutzbehörden (Kreis Lippe) und Hilfsorganisationen. Deshalb ist es besonders wichtig, die Kommunen bestmöglich zu unterstützen.“

Für die Etablierung eines umfassenden und belastbaren Katastrophenschutzsystems in Nordrhein-Westfalen ist es wesentlich, sowohl die technische Infrastruktur als auch die finanzielle Unterstützung zu berücksichtigen. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, die Handlungsfähigkeit der Kommunen in Extremsituationen, wie beispielsweise bei großflächigen Stromausfällen, zu gewährleisten.



Tempo beim Bauen und Planen

Deutschland moderner und zukunftssicher gestalten. Bundestag beschließt Genehmigungsbeschleunigungsgesetz.



Etwa 100 gesetzliche Einzelregelungen werden dazu führen, dass Wohnungen, Stromleitungen und Verkehrswege schneller genehmigt und damit gebaut werden können.

Direkt an dem Gesetz beteiligt ist der lippische Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Verkehrsausschuss des Bundestags Jürgen Berghahn (SPD).

„Das Planungs- und Genehmigungsbeschleunigungsgesetz ist ein großer Schritt nach vorne für die Entbürokratisierung in Deutschland“, sagt Berghahn. Es geht um den schnellen Ausbau von Schnellladesäulen für E-Mobilität, die Sanierung von

Brücken und einem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.

Berghahn betont, dass das Gesetz neue Möglichkeiten für eine bessere Infrastruktur und stärkere regionale Anbindung eröffne. So würden auch die Interessen der lokalen Bevölkerung berücksichtigt.

„Die geplante ICE-Trasse zwischen Bielefeld und Hannover hat offenbart, wie Verkehrsplanung nicht laufen sollte“, kritisiert Berghahn. „Wir wollen keine Prestigeprojekte, sondern pragmatische Lösungen im Interesse der Bevölkerung.“

Straßen- und Schienenausbau, Windräder und Brückenmoder-

nisierung: Um Infrastrukturprojekte schneller und effizienter zu gestalten, werden die Planungs- und Genehmigungsverfahren flächendeckend digitalisiert.

Um noch mehr zur Nachhaltigkeit beizutragen, sollen Windräder und Photovoltaikanlagen schneller und leichter entlang der Autobahn gebaut werden dürfen. Vereinfacht werden soll auch die Instandhaltung und Modernisierung von Brücken. So entfällt die Genehmigungspflicht für notwendige Sanierungen und Erweiterungen.

Investition vs. Schuldenbremse

Landtagsmitglied Alexander Baer fordert Weiterentwicklung der Schuldenbremse für zukunftsweisende Investitionen in NRW.



In der Wirtschaft müssen Unternehmen manchmal Schulden machen, um erfolgreich zu sein. Dazu wird mit Krediten investiert, um später Gewinne zu erzielen. Ein simples Wirtschaftsprinzip, das aktuell als Argument gegen die Schulden-

bremse gebracht wird. Nach dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts in der vergangenen Woche fordern die SPD-Fraktionsvorsitzenden von Bund und Ländern die Schuldenbremse weiterzuentwickeln. Denn Investitionen seien drin-

gend notwendig, um die Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen.

Alexander Baer, lippischer Landtagsabgeordneter und finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag, kann die Kritik nachvollziehen. „Die Schuldenbremse mag in Zeiten wirtschaftlicher Stabilität eine sinnvolle Regel sein. Aber in herausfordernden Zeiten, kann die Schuldenbremse auch schnell zu einer Zukunftsbremse werden“, so Baer. „Allgemein herrscht ein vollkommen falsches Verständnis von Staatsschulden. Viele Bürgerinnen und Bürger verstehen sie als Konsumkredite wie bei Privathaushalten, obwohl sie das gar nicht sind.“

NRW steht vor großen Herausforderungen, sei es in der sozialen Infrastruktur, im Verkehr oder im Gesundheitswesen. Baer betont, dass gerade jetzt die

Engagiert für die Zukunft des Landesverband Lippe

900 Jahre Lippe und das Erbe Heinrich Drakes zu bewahren und zukunftsorientiert weiterzuentwickeln. Dafür setzt sich die fünfköpfige SPD-Fraktion nachhaltig und kompetent ein.

Mittwochnachmittags im großen Sitzungssaal des Schloss Brake: die Verbandsversammlung tritt zusammen und berät über aktuelle sowie lange währende Angelegenheiten. Mit dabei sind vier stimmberechtigte Genoss*innen sowie die 2. Stellvertreterin Verbandsvorsteherin Ina Meise-Laukamp aus Lemgo. Angeführt wird die Fraktion vom langjährigen Mitglied Andreas Kuhlmann (Lage), assistiert von Falk Niehage (Dörentrup). Selina Sonnenberg (Oerlinghausen) und Thomas Jeckel (Detmold) komplettieren die konstruktiv zusammenarbeitende Gruppe.

In der Versammlung gibt es dazu 4 Abgeordnete der CDU und derer zwei von den Grünen. Beide Letztgenannte stellen jeweils ebenfalls eine*n Stellvertreter*in. Die Verbandsversammlung – der zweite Kreistag, wie manche sagen – besteht also aus 10 Abgeordneten sowie dem Verbandsvorsteher, der derzeit von der CDU gestellt wird.

Der Landesverband Lippe, seit 1949 Rechtsnachfolger des ehemaligen Landes Lippe und bis zur Fusion der ehemaligen Kreise Detmold und Lemgo zum heutigen Kreis Lippe die verbindliche Klammer, die Lippe zusammenhielt, hat sich seit vielen Jahren der Kultur verschrieben – versteht sich sogar als der Kulturträger Lippes. Bekannt sind Institutionen wie das Lippische Landesmuseum, die Landesbibliothek, das Mondschein-Kino am Hermann, die Burg Sternberg oder auch das Robert-Köpke-Haus in Schieder-Schwabenberg. Darüber hinaus werden viele Kulturveranstaltungen anderer Träger (z.B. Zieglerfeste, Ortsjubiläumsfeiern, Ausstellungen und Konzerte etc.) finanziell unterstützt. Jüngst wurde die Übernahme des „Kulturstellwerk Nordlippe“ in Farmbeck beschlossen.

Damit das Kulturangebot breit gefächert und auch in der Fläche gesichert werden kann, versuchen die Forst- und die Immobilienabteilung die not-

wendigen finanziellen Mittel zu erwirtschaften. Dies war und ist nicht immer einfach und unsere Genoss*innen bringen immer wieder Anträge ein, die nachhaltig helfen, Kosten zu senken und Einnahmen zu steigern. Der Grundsatzbeschluss, auf Beamtenverhältnisse und dadurch auf hohe Pensionszahlungen zu verzichten, geht auf die SPD-Initiative zurück. Arne Brandt (SPD), Allgemeiner Vertreter und Chef der Immobilien, ist federführend für den massiven Ausbau von Windenergieanlagen mit einer hohen zu erwartenden Rendite an ausgewählten Standorten verantwortlich. Die Genoss*innen unterstützen diese Initiative und achten sehr darauf, dass immer auch eine finanzielle Beteiligung der Bürger*innen in der Umgebung möglich wird. Auf diese Art und Weise sichern die SPD-Vertreter*innen, dass die Lipper*innen beim Energie- und Wärmeaustausch mitgenommen werden und davon auch direkt profitieren können. ÖPNV konkurrenzlos günstig.

Lippische SPD-Landtagsabgeordnete besuchen Radio Lippe

Landtagsabgeordneten Alexander Baer, Dennis Maelzer und Ellen Stock wollen lokale Radios stärken.

Im Auto, auf der Arbeit und beim Essen: Im täglichen Leben der Menschen in Lippe spielt das Lokalradio eine zentrale Rolle. Die Landtagsabgeordneten heben die Bedeutung lokaler Sender hervor und fordern deren Stärkung.

„Die 44 Lokalradiosender in NRW haben einen klaren Auftrag: unabhängig, lokal und gut zu informieren“, berichten Baer, Maelzer und Stock von ihrem Besuch. „Doch hier will die Landesregierung um Ministerpräsident Hendrik Wüst den Rotstift ansetzen und sparen.“

Mehr Investitionen, statt Kürzungen für Lokalradios. Da sind sich Markus Knoblich, Chef-

redakteur von Radio Lippe und die Landtagsabgeordneten Baer, Maelzer und Stock einig. „Im Unterschied zum überregionalen Journalismus fördert der lokale Journalismus das Verständnis und die Bindung der Bürger an ihre Region“, heben die lippischen Politiker hervor.

Auch für die Vorbereitung von Krisenzeiten wird die Bedeutung des Lokalradios besonders deutlich. Um die Kommunikation mit der Bevölkerung zu gewährleisten, arbeiten Radio Lippe und die Kreisverwaltung Lippe an einer soliden Infrastruktur. Diese Bemühungen sind essenziell, um in Notfällen schnell und effektiv informieren zu können.

Unsere neue Mobilstation

Die Bushaltestelle in der Ortsmitte bietet attraktive Angebote – ein richtiger Schritt in die Zukunft

Ja, die Fragen kommen immer wieder. Warum ist unsere erste Mobilstation in der Ortsmitte „so klein“? Die Antwort ist ganz einfach, die Fläche hinter der Mobilstation gehört nicht der Gemeinde. Sie ist im Privatbesitz und steht nicht zur Verfügung. Nach dem Umbau der Bushaltestelle wurde zuerst ein elektronisches Display auf beiden Seiten der Haltestelle angebracht. Nun kann jeder sehen, in wieviel Minuten der Bus kommt.

Die Verbindung – Fahrrad und Bus – wurde gestärkt, indem eine Möglichkeit, Fahrräder geschützt vor Wind und Wetter abzustellen geschaffen wurde. Zudem wurde auch eine Ladeinfrastruktur für Pedelecs und E-Bikes errichtet. Die Mobilstation soll Nahverkehrs- und ÖPNV-Angebote miteinander verknüpfen. So können z. B. Pendler, Schüler die aus den Randbereichen oder den Ortsteilen kommen, ihre Räder in der Ortsmitte

sicher parken, und in den Bus umsteigen. Eine neue Fahrradreparaturstation komplettiert das Serviceangebot für Radfahrer. Der Servicepunkt, der in die Mobilstation an der Bushaltestelle Ortsmitte integriert ist, verfügt über eine Vielzahl von Werkzeugen und ermöglicht spontane, kleinere Reparaturen, für die nicht extra ein Besuch in einer Fahrradwerkstatt nötig ist.



Friedhofskapelle in Schlangen

Die Fenster der Kapelle sind inzwischen erneuert worden, weitere Veränderungen stehen an



Die Friedhofskapelle ist Mitte des vergangenen Jahrhunderts auf Initiative der Ev.-ref. Kirchengemeinde gebaut und ganz wesentlich von ihr finanziert worden. In einem ersten Schritt sind inzwischen die Fenster ersetzt worden. Weitere Maßnah-

men stehen an. So soll die Heizung ersetzt werden, das Umfeld neugestaltet werden. Weiterhin soll die Fassade verschönert werden. In diesem Zusammenhang wurde in der Politik die Frage gestellt, ob nicht das Kreuz aus Glasbausteinen in der Stirnwand

wegfallen sollte. Diesbezüglich ist ein Offener Brief beim Bürgermeister eingegangen. Geschrieben und unterzeichnet von Frau Pastorin Mellies-Thalheim (Ev.-ref. Gemeinde), Pfarrer Kersting (Kath. Gemeinde), Herrn Heinrichs (Evangeliums-Christengemeinde), Herrn Kriete (Heimat- und Verkehrsv.), und Ulli Knorr. Die Unterzeichner sprechen sich sehr deutlich dagegen aus, auf das Glaskreuz zu verzichten. Sie betonen, dass es hier nicht um religiöse Intoleranz geht, sondern insbesondere aus Respekt vor dem Bauwerk, seiner Geschichte und seiner bestehenden Bedeutung. Bestatter vor Ort weisen darauf hin, es gibt genügend Alternativen für eine Bestattung, niemand ist auf die Kapelle angewiesen. Die Inhalte des Offenen Briefs trägt die SPD mit. Diejenigen, die sich für die Abschaffung des Kreuzes in der Kapelle aussprechen, reden von Toleranz. Ja, Toleranz ist aber nie einseitig. Wir bieten allen die Kapelle an, wenn es um eine Bestattung geht. Deshalb erwarten wir dann die Toleranz, das Kreuz zu respektieren.

LEADER Projekte

In Schlangen sind die ersten Projekte auf den Weg gebracht worden

Neben Schlangen gehören Bad Lippspringe und Hövelhof zur LEADER Region Sennehochdrei (Senne³). LEADER ist ein Förderprogramm der Europäischen Union zur Entwicklung des ländlichen Raumes. Ziel ist die Verbindung von Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft. Es gibt 2 Möglichkeiten durch LEADER Geld für Projekte zu bekommen. Einmal gibt es Kleinprojekte, die nicht mehr als 20.000 € kosten dürfen. Weiterhin können große Maßnahmen finanziell unterstützt werden, hier liegt die Höchstgrenze bei 250.000 €. Von der Förderung profitieren können Privatpersonen, Vereine und Institutionen, Gemeinden. Es handelt sich um innovative und kreative Projektideen. An den Kleinprojekten beteiligen sich der Bund und das Land NRW mit zusammen 90 %; die übrigen 10 % der Förderung werden von den beteiligten Vereinen bzw. der Kommune getragen. Bei den Großprojekten werden bis zu 70 % der Kosten gefördert.

2023 wurden die ersten Kleinprojekt bereits genehmigt. In

Schlangen wurden somit folgende Maßnahmen auf den Weg gebracht:

- Internetseite Kneipp-Verein Schlangen e.V.;
- Beschilderung des Generationengartens am Kreisseniorenheim Oesterholz; Lippe im Wandel e.V.
- Anschaffung von Sonnensegeln für die Kita Alte Rothe in Schlangen; Gemeinde Schlangen
- Instandsetzungen an der allgemeinen Elektroinstallation; Reit- und Fahrverein Schlangen e.V.
- Aufarbeitung der Geschichte um die Familie und des Hauses Fischer; Heimat- und Verkehrsverein Schlangen e.V.

Für das kommende Jahr sind weitere Projekte eingereicht worden. Einmal geht es um eine Konzepterstellung unter dem Titel: „Wasser – Erleben an Strothe, Schlängerbach und Thune“. Grundsätzlich soll erreicht werden, dass diese Gewässer für die Bürger erlebbar und auch erreichbar werden. Für den Ortsteil Kohlstädt bildet die Strothe die Keimzelle der Ortschaft. Hier haben sich

die Menschen angesiedelt. Ein Weg entlang der Strothe kann innerhalb der Ortschaft ein verbindendes, zentrales Element sein. Da Kohlstädt wenige zentrale Plätze hat, können hier neue Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Für Oesterholz-H. ist eine „Outdoor Erlebnis- und Begegnungsstätte“ neben dem neuen Sportlerhaus vorgesehen. Die neue Begegnungsstätte soll direkt an die Sportanlage Oe. anschließen. Dafür steht neben der Sportanlage eine Fläche von ca. 700 m² zur Verfügung. Entstehen soll eine Multi-Sport- und Begegnungsstätte für alle Generationen.

Dazu sind zum einen ein Spielplatz für die jüngeren Dorfbewohner geplant, zum anderen aber auch eine Boulebahn und eine Schachbrettanlage, die gerade bei den älteren Bürgerinnen und Bürgern sehr hoch im Kurs steht. Außerdem soll auf der übrigen Fläche ein modularer Pumptrack entstehen.

Alle Infos auf: www.sennehoch3.de

Feuerwehr in Schlangen

Was an den Feuerwehrhäusern gemacht werden muss, zuerst wird dies an der Hauptwache stattfinden.

Noch liegt das Gutachten zu den Feuerwehrstandorten nicht vor. Es zeichnet sich allerdings ab, dass die Option, aus 3 Standorten einen zentralen Standort zu entwickeln, nicht zu realisieren ist. Die wichtigen Einsatzzeiten könnten dann nicht eingehalten werden. Was ist dann zu tun? Die arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften haben sich weiterentwickelt. Somit ist jetzt die sogenannte Schwarz-Weiß-Trennung Pflicht. Um die Kontamination durch Gefahrstoffe zu vermeiden, erfolgt das Prinzip der Schwarz-Weiß-Trennung. Kontaminationsverschleppung muss vermieden werden. Kontaminationsverschleppung bedeutet, dass gefährliche Stoffe aus einem Bereich (z. B. Ruß nach einem Brandeinsatz) durch die Einsatz- bzw. Arbeitskleidung in einen anderen Arbeitsbereich (z. B. auf die Feuerwache) oder sogar ins private Umfeld getragen werden. Durch einen entsprechenden Anbau an der FW in Schlangen sollte dann dieser Notwendigkeit Rechnung getragen werden. Eine entsprechende Planung liegt bereits vor. Diese wird dann auch zeitnah auf den Weg gebracht werden müssen. (Stand 10.12.23)

minationsverschleppung bedeutet, dass gefährliche Stoffe aus einem Bereich (z. B. Ruß nach einem Brandeinsatz) durch die Einsatz- bzw. Arbeitskleidung in einen anderen Arbeitsbereich (z. B. auf die Feuerwache) oder sogar ins private Umfeld getragen werden. Durch einen entsprechenden Anbau an der FW in Schlangen sollte dann dieser Notwendigkeit Rechnung getragen werden. Eine entsprechende Planung liegt bereits vor. Diese wird dann auch zeitnah auf den Weg gebracht werden müssen. (Stand 10.12.23)

Nationalpark Egge?

Der Kreistag Höxter hat sich mehrheitlich gegen den Nationalpark ausgesprochen

Nachdem sich in Höxter der Kreistag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Pläne des Nationalparks ausgesprochen hat, könnte demnächst auch der Kreistag Paderborn mit einem vergleichbaren Votum folgen. Das Interessenbekundungsverfahren hat die Landesregierung eröffnet. Dort heißt es: „Im Anschluss wird als zweiter Schritt ein qualifiziertes Antragsverfahren durchgeführt, das allen Kreisen und Regionen, unabhängig ihrer Teilnahme an dem Interessenbekundungsverfahren, offensteht.“ Welche Auswirkungen hat dann die Entscheidung des Kreistags? Wider-

stand ist inzwischen organisiert. In den Kreisen Höxter und Paderborn. In beiden Kreisen läuft das Verfahren für einen Bürgerentscheid. Dieser benötigt vorab ein Bürgerbehörden. Hierzu werden nun die notwendigen Unterschriften gesammelt. Kommen entsprechende Unterschriften in der vorgeschriebenen Anzahl zusammen, dann kann der Bürgerentscheid auf den Weg gebracht werden. Wir werden berichten.

Finkenkrug

Der Kreis Lippe ist jetzt in der Pflicht

Die Bewohner der kleinen Siedlung am Finkenkrug haben uns ihre Sorgen bezüglich der Querung der Fürstenallee mitgeteilt. Wer zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs ist, muss gezwungenermaßen die Fürstenallee überqueren, um auf den Fuß- und Fahrradweg zu kommen. Im Bereich der Querung beträgt die Höchstgeschwindigkeit auf der Fürstenallee 70 km/h. Der Ausschuss für Soziales und Gesellschaft hat die Verwaltung beauftragt mit dem Kreis Lippe in Verhandlung zu treten. Ziel

ist, insbesondere für Kinder und Senioren eine sicherere Überquerung der Fürstenallee zu ermöglichen. Wunsch der Anlieger ist es, dass die Geschwindigkeit im Bereich des Finkenkrugs auf 30 km/h reduziert wird. Jetzt ist der Kreis Lippe am Zug, eine Entscheidung zu treffen, die die berechtigten Interessen der Anlieger berücksichtigt. Im Bereich von Schulen und Kitas darf in der Regel nur 30 km/h gefahren werden. Wir sehen hier eine vergleichbare Situation.



Herausgeber: SPD Ortsverein Schlangen
Schäfertrift 34 A, 33189 Schlangen
Verantwortlich SPD Ortsverein Schlangen: Sandra Warachewicz, Vorsitzende
Verantwortlich SPD Kreistagsfraktion und Kreisverband: Julian Hördemann
Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH, Curt-Frenzel-Straße 2, 86167 Augsburg

